



Vorbildlich: So sieht der Arbeitsplatz der Lars Stiefvater Arbeitnehmer, bei der Produktion von Nürnberger Rostbratwürsten aus.

könnten Saisonhöhepunkte in der Produktion gar nicht abgefertigt werden. Grundsätzlich müsste demnach also eigentlich über Werkverträge im Allgemeinen und in allen Branchen diskutiert werden. Oder gar nicht.

Die Thematik ist aufgeheizt. Die Verfehlung einiger fleischverarbeitender Betriebe setzt die Branche unter Druck. Daher ist nun Sachlichkeit gefragt. Und Vernunft. Denn es macht überhaupt keinen Sinn, die Themen Corona, Werkverträge, Tierwohl und Fleischpreise in einen Topf zu werfen und hochzukochen. Deshalb kämpft Lars Stiefvater mit vernünftigen Argumenten für vernünftige Entscheidungen. Für seine Leute. Für sein Lebenswerk. Und weil Unrecht nicht zu Recht werden darf. Er wehrt sich gegen politische Entscheidungen und Einmischungen von außen, die ihm zu Unrecht übergestülpt werden und die seine und die Existenz vieler Menschen zu vernichten drohen.

Lars Stiefvater will erhellende und aufklärende Diskussionen mit aufgeklärten PolitikerInnen. Leider ist Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) seiner Einladung nicht gefolgt, und deshalb lud der Unternehmer Experten und PolitikerInnen zu einem Informationstreffen nach Nürnberg ein.



Max Straubinger, CSU Bundestagsabgeordneter (Wahlkreis Rottal-Inn) und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages und Lars Stiefvater, Geschäftsführer Lars Stiefvater Unternehmensgruppe. (v.l.n.r.)

Anständigkeit? Zählt nicht mehr!

Lars Stiefvater fordert mehr Sachlichkeit in der Diskussion um Werkverträge

Die letzten Wochen haben Lars Stiefvater persönlich schwer mitgenommen – da nämlich verkündete das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Absicht, ein Verbot von Werkverträgen und Zeitarbeit in Schlacht- und Fleischverarbeitungsbetrieben zu erwirken. Für Lars Stiefvater ein schwerer Schlag: Die Existenz von 300 seiner Beschäftigten und deren Familien sowie seiner eigenen Familie und letztendlich sein gesamtes Lebenswerk würden zerstört.

Er ist einer der Anständigen in dieser Branche. Sein Unternehmen wurde sogar mehrfach ausgezeichnet. Und deswegen kann er nicht glauben, was da im Moment passiert. „Es zieht einem den Boden unter den Füßen weg“, bringt es der Geschäftsführer auf den Punkt, „es kommt einem Berufsverbot gleich.“

Als Chef ist er der Kümmerer für seine Angestellten. Und die sind teilweise schon seit zehn oder zwölf Jahren bei ihm beschäftigt. Das spricht für Stiefvater als Arbeitgeber, aber auch für seine Mitarbeiter – die ihn auch schon mal als Seelsorger bezeichnen, weil er für sie da ist. Nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Er leistet praktische Unterstützung bei Behördengängen, Wohnungssuche, Arztbesuchen oder der Eröffnung von Girokonten. Darüber hinaus übernimmt er sogar Darlehen für Familienangehörige. Er findet das selbstverständlich selbstverständlich. Denn er ist einer von den Guten.

Seine Beschäftigten arbeiten in Voll- und Teilzeit und sind nach Tarif sozialversicherungspflichtig bei ihm angestellt. Der Arbeitsschutz von der Aufsichtspflicht bis hin zu den Unfallverhütungsvorschriften ist in der Produktion vorbildlich gewährleistet.

Als erster Personaldienstleister in Deutschland ist er von der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe (BGN) für die branchenspezifische Umsetzung von Arbeitsschutzmanagementsystemen mit dem Gütesiegel „Sicher mit System“ ausgezeichnet worden. Kontrollen von Zoll und Gewerbeaufsicht sind seit Jahren ohne Beanstandungen. Auflagen weiterer beteiligter Bundes- und Landesbehörden (Agentur für Arbeit, Finanzämter) werden sowieso strikt befolgt.

Stiefvater zeigt deshalb auch sehr selbstbewusst klare Kante: „Der Problematik im Zusammenhang mit den katastrophalen Arbeitsbedingungen in Schlachtbetrieben mit SubSubunternehmen, osteuropäischen Drückerkolonnen und den damit im Zusammenhang stehenden skandalösen Sammelunterkünften muss selbstredend ein Riegel vorgeschoben werden. Aber man muss die Spreu vom Weizen trennen.“

Doch genau das passiert nicht. Vielmehr scheint es so, als sei sein vorbildlicher Einsatz vergeblich gewesen, denn er wird mit den Uneinsichtigen und Ausbeutern in dieser Branche über einen Kamm geschoren. Offensichtlich gilt: einfache Schlagzeilen – einfache Lösungen. Details interessieren nicht, wenn ein Generalverdacht plakativer ist. Selbst der Unterschied zwischen Schlachtbetrieben und Verpackungstätigkeiten in der Wurstbranche sind eher irrelevant.

Klar ist: Der Handel besteht auf Flexibilität. Allerdings nicht nur in der fleischverarbeitenden Industrie, sondern auch in anderen Bereichen wie der Produktion von Eis oder Lebkuchen. Diese Flexibilität kann nur mit Werkverträgen erreicht werden, sonst

Max Straubinger, CSU-Bundestagsabgeordneter (Wahlkreis Rottal-Inn) und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages, folgte dem Ruf. Gemeinsam mit dem Nürnberger Wirtschaftsreferenten Dr. Michael Fraas und Rechtsanwalt Heiko Greulich, dem Experten der Arbeitsgemeinschaft Werkverträge und Zeitarbeit aus Mannheim, wurden Lösungsansätze und Möglichkeiten zum weiteren Vorgehen erörtert. Komplettiert wurde die Runde von der CSU-Landtagsabgeordneten Barbara Regitz. Geschäftsführer Bernhard Oeller übernahm die Gastgeberrolle im Namen des Produzenten Wolf Wurstspezialitäten GmbH, Standort Nürnberg.

Branchenexperten beurteilen die Politik von Bundesarbeitsminister Heil im Hinblick auf Werkverträge als existenzbedrohend und sprechen von einem Gänsehauteffekt. Die Folge: Unternehmen stoppen Investitionen in Millionenhöhe. Arbeitskräfte drohen abzuwandern, weil keine verbindlichen Aussagen zum Arbeitsplatzhalt nach dem 01. Januar 2021 getroffen werden können. Und die Agentur für Arbeit wird auch nicht gerade gelobt: „Die Agentur schafft keine qualifizierten Arbeitskräfte heran. Und den Beruf des Metzgers möchte kaum noch jemand erlernen.“

Aktuell stellt sich die rechtliche Seite des Ministervorstoßes zur generellen Dämonisierung von Werkverträgen und Personalüberlassung folgendermaßen dar:

Der Bundesarbeitsminister wollte noch im Juni ein gekürztes Gesetzgebungsverfahren durchdrücken. Damit ist er gescheitert mit der Folge, dass das Verfahren zum Thema Werkvertrag ab-

getrennt wird. Das Ministerium muss nun einen rechtssicheren Vorschlag vorlegen, der die Fleischindustrie gesondert von der Möglichkeit der Arbeitnehmerüberlassung ausschließt. Die Entscheidung darüber wird nach der Sommerpause des Bundestages fallen.

Fraglich ist allerdings, wie die rechtliche Seite dieser populistischen Symbolpolitik im Hinblick auf die Werkverträge zu bewerten ist. Vielleicht wird das am Ende nur der europäische Gerichtshof klären können. Bis zu dessen Entscheidung könnte es für anständige Unternehmen wie Lars Stiefvater und für seine Beschäftigten allerdings schon zu spät sein.

Anwesend zum Thema waren:

Max Straubinger, MdB CSU
Dr. Michael Fraas, Nürnberger Wirtschaftsreferent
Heiko Greulich, Rechtsanwalt, Arbeitsgemeinschaft Werkverträge und Zeitarbeit
Bernhard Oeller, Geschäftsführer der Wolf Wurstspezialitäten GmbH, Standort Nürnberg
Barbara Regitz, MdL CSU